Nr. 55 48. Jahrgang

Abend-Ausgabe

Donnerstag, 6. Februar 1919

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin. Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Der erste Tag der Nationalversammlung.

Die Stimmung in Weimar.

Besprechung der Fraktionsvorsitzenden mit den Volksbeauftragten. — Die Bedingungen des Zentrums.

(Telegramm unseres nach Weimar entsandten Sonderberichterstatters.)

E. D. Weimar, 6. Februar.

In der Stadt herrschte heute in den ersten Morgenstunden vor dem Zusammentritt der deutschen Nationalversammlung ein lebhaftes Treiben. Große Menschenmengen staunen sich vor dem Nationaltheater, um sich die dort ein- und ausgehenden Abgeordneten und die Vertreter der Regierung anzuschauen. Im Hause selbst ist, nachdem man Tag und Nacht gearbeitet hat, nunmehr alles fertig geworden. Der große Theaterraum prangt im Blumenschmuck. Während das Parkett, das amphitheatralisch ansteigt, für die Abgeordneten bestimmt ist, ist die Bühne für das Präsidium und die Regierung eingerichtet. Ziemlich in der Mitte der Bühne befindet sich der Aufbau des Präsidialtisches, der Großsessel des Präsidenten mit dem Reichsadler auf der Lederlehne ist aus dem Reichstage hierher gebracht worden. In einem Halbkreise sind die Stühle für die Regierungskommissare auf der Bühne hingestellt. Die führenden Regierungsmitglieder, die Volksbeauftragten und die Vertreter der einzelnen Bundesstaaten werden an zwei Längstischen Platz nehmen, die sich vorn an der Bühne links und rechts vom Präsidium hinziehen. Sie sowohl, wie der Präsidialtisch, sind mit seinem künstlerischen Geschmack mit rotweißen Blumenarrangements geschmückt. Die beiden Ränge dienen den Vertretern der Presse. Das große Foyer des Theaters wird wahrscheinlich den Sitzungen des Hauptausschusses vorbehalten bleiben, während andere kleinere Spezialausschüsse bei dem Mangel an geeigneten Räumlichkeiten im Theater in den naheliegenden Hotels werden tagen müssen. Auch die Fraktionen werden wie bisher schon in den Hotels ihre Sitzungen abhalten müssen.

Viele Privathäuser und sämtliche öffentlichen Gebäude haben geflaggt. Vormittags fand ein Festgottesdienst in der evangelischen und in der katholischen Kirche statt. Ein allgemeines Glockenläuten wird den Beginn der Verhandlungen in der Nationalversammlung der Bevölkerung kundtun.

Der heutige Vormittag wird von den Fraktionen fast ausschließlich dazu benutzt, um sich noch einmal über die brennenden Fragen zu unterhalten und schlüssig zu werden. Die Deutsche demokratische Partei wählt heute ihren endgültigen Fraktionsvorstand.

Gegen 11 Uhr traten die Führer der einzelnen Fraktionen mit den Volksbeauftragten und den in Weimar anwesenden Staatssekretären zu einer Besprechung im Schlosse zusammen. An den Erörterungen nahmen u. a. teil: für die Demokratische Partei Abgeordneter v. Payer, für die Mehrheitssozialisten Abgeordneter Dr. David, für das Zentrum der Abgeordnete Gröber und für die unabhängige Sozialdemokratie der Abgeordnete Haase. Die Besprechungen galten in der Hauptsache geschäftsmäßigen Fragen. Es wurde die Zusammensetzung des Präsidiums der Nationalversammlung, die zu schaffende Geschäftsordnung und das Diätengesetz für die Abgeordneten durchberaten. (Es ist natürlich ausgeschlossen, daß heute mittag vor der Eröffnung der Nationalversammlung bereits Entschlüsse gefaßt werden. Vermutlich wird heute gegen abend und morgen vormittag eine Fortsetzung der Besprechung stattfinden, so daß Beschlüsse aller Wahrscheinlichkeit nach frühestens heute abend zu erwarten sind.

Das Zentrum will sich abwartend verhalten, bis man ihm den Beitritt zum Mehrheitsblock und damit seine Mitarbeit in der neuen Regierung mit den Linksparteien nahe legt. Wie man hört, soll das Zentrum seine Bereitwilligkeit, die den Mehrheitsblock und in die Regierung einzutreten, von der Erfüllung dreier Voraussetzungen abhängig machen: es verlangt kulturelle Sicherungen, bundesstaatliche Garantien, und schließlich beabsichtigt es zu verlangen, daß der Präsidentenposten der Nationalversammlung einem Mitgliede der Zentrumsfraktion übertragen werde. Ob der frühere Reichstagspräsident Fehrenbach oder ein anderes Zentrumsmitglied vorgeschlagen werden soll, steht noch nicht fest. Wenn auch in Abgeordnetenkreisen kein Zweifel darüber besteht, daß man den Wünschen des Zentrums bis zu einem gewissen Grade entgegenkommen muß, so ist man doch der Ansicht, daß die Bedingungen des Zentrums, deren Tragweite man erst übersehen kann, wenn sie näher spezialisiert sind, nicht ohne weiteres angenommen werden können. Man hofft jedoch, daß sich bei gutem Willen auf beiden Seiten ein Weg zur Einigung wird finden lassen.

Der Nationalversammlung ist als erster Gesetzentwurf eine Vorlage über die vorläufige Reichsgewalt zugegangen. Wir haben die hauptsächlichsten Bestimmungen bereits nach den Beschlüssen der Berliner Reichskonferenz für die Verfassungsfragen mitgeteilt, so daß sich ein nochmaliges Eingehen auf die neuen Paragraphen erübrigt.

Eberts Eröffnungsrede.

Volksbeauftragter Ebert wird die Nationalversammlung heute mit einer Rede einleiten, der folgende Gedanken zugrunde liegen:

Er begrüßt zunächst die Nationalversammlung als die **höchste und einzige Souveränität in Deutschland.** Er stellt fest, daß sie eine große republikanische Mehrheit habe und daß das deutsche Volk sich in Zukunft selbst regiere. Dann fährt er fort: Wir haben den Krieg verloren. Diese Tatsache ist keine Folge der Revolution. Es war die **Regierung des Prinzen Max,** die die Waffenstillstandsverhandlungen einleitete, die uns wehrlos machten. Auch bezüglich der Lebensmittelnot lehnt Ebert die Verantwortung für die Revolution ab. Bezüglich des Bestrebens der Feinde, den Ausbeutungsgedanken ins Friedensvertrag hineinzutragen, sagte er, daß diese Rache und Vergeltungspläne den schärfsten Protest herausfordern. Angesichts des Elends auf allen Seiten erscheine die **Schuldfrage** beinahe klein. Gleichwohl ist das deutsche Volk entschlossen, selbst alle zur Verantwortung zu ziehen, denen ein absichtliches Verschulden oder eine absichtliche Niedertracht nachgewiesen werden kann. Die **Waffenstillstandsbedingungen,** die angeblich dem Kaiserismus auferlegt seien, nennt Ebert unerhört hart. Er geht die einzelnen Bestimmungen durch und sagt, aus diesen **Akten alter Gewaltpolitik** spricht nicht der Geist der Verantwortung. **Wir warnen die Gegner, uns bis zum äußersten zu treiben.** Wie General Winterfeldt Dunte eines Tages jede deutsche Regierung gezwungen sein, auf weitere Mitwirkung bei den Friedensverhandlungen zu verzichten und den Gegnern die ganze Last der Verantwortung für die Neugestaltung der Welt zuzuschieben. Man stelle uns nicht vor die verhängnisvolle Wahl: vor d Verhungern und de Schmach.

Was die **innere Politik** anlangt, so führt Ebert aus:

Wir sind auf dem Wege der Welt nochmals sozialistisch vorauszuschreiten, indem wir dem Sozialismus dienen, der allein Dauer haben kann, der Wohlfahrt und Kultur des Volkes erhöht, der Sozialismus der werdenden Wirklichkeit. Die Anschlußerklärung der deutschösterreichischen Nationalversammlung erwidert Ebert mit herzlichem Gruß und sagt, er sei sicher, im Sinne der Nationalversammlung zu sprechen, wenn er diese historische Kundgebung aufrichtig und mit Freuden begrüßt, sie mit gleicher herzlicher Brüderlichkeit erwidert. Sie gehören zu uns und wir zu ihnen.

Ebert schildert dann die **trostlose wirtschaftliche Lage,** unter der die provisorische Regierung im eigentlichen Wortsinn als Konkursverwalter des alten Regimes die Regierung übernommen hat. Er richtete an Arbeiterschaft und Unternehmer den dringenden Appell, die Arbeit zu fördern, denn Sozialismus sei nach seiner Auffassung nur möglich, wenn die Produktion auch eine genügend hohe Stufe der Arbeitsleistung innehält. Die alte Grundlage der alten Machtgestaltung die preußische Hegemonie, das Hohenzollernsche Heer, die Politik der schimmernden Wehr seien für immer gebrochen. Es gilt mehr wie bisher die Wandlung zu vollziehen vom Imperialismus zum Idealismus.

*

Weimar, 5. Februar. (W. T. B.)

Mit dem heutigen Pressezug trafen Kriegsminister Reinhardt, der Staatssekretär des Reichsjustizamts Dr. v. Krause, Unterstaatssekretär Lewald sowie der frühere Kriegsminister Scheuch ein.

*

Die **Demokraten** wählten **Payer** zum einstweiligen Vorsitzenden. Das **Zentrum** wählte **Gröber** zum ersten und **Trimborn** zum zweiten Vorsitzenden.

Noske über die Bremer Ereignisse.

Erpressungstaktik der Minderheit. — Die Gefahren für die Lebensmittelversorgung. — Das Eingreifen der Hamburger.

In der Fraktionssitzung der Sozialdemokratie in Weimar kamen auch die Bremer Ereignisse eingehend zur Sprache. Noske erstattete hierüber eingehend Bericht, den wir nachstehend wiedergeben:

Die Revolution im allgemeinen hatte das Ziel, die größtmögliche politische und persönliche Freiheit in Deutschland herzustellen. In einzelnen Orten aber haben Minderheiten von Arbeitern mit Maschinengewehren und Handgranaten eine neue Gewaltherrschaft aufgerichtet. Besonders schlimm war es in dieser Beziehung in Bremen. Von Versammlungsfreiheit war keine Rede, von Preßfreiheit noch weniger. Unser Parteiblatt, die „Bremer Bürgerzeitung" wurde uns gestraft, die bürgerliche Presse unter Vorzensur gestellt und zeitweilig verboten. Mit vorgehaltenem Revolver wurden die Arbeiter aus den Fabriken zu dem Demonstrationsstreik herausgeholt, auch wenn sie nicht alle paar Tage auf der Straße liegen wollten. Dabei haben die Wahlen zur Nationalversammlung ganz deutlich gezeigt, daß hinter den bevorzugten Spartacisten und Unabhängigen wirklich nur ein geringer Bruchteil der Arbeiter stand. Das aus dem Felde zurückgekehrte Regiment 75 wurde unter trügerischen Versprechungen vor die Maschinengewehre gelockt und dann unter Bruch der feierlichen Vereinbarungen entwaffnet.

Mit vorgehaltenem Revolver wurde unserer Partei der Wahlfonds von 35 000 Mark abgepreßt.

Mit vorgehaltenem Revolver wurde die Bank gezwungen, das Bremer Depot der „Bremer Bürgerzeitung" herauszugeben. Auch aus anderen Anlässen wurden ähnliche **Brandschatzungsfeldzüge** wiederholt gegen Bremer Banken unternommen. An Stelle jeder Freiheit wurde über Bremen der Belagerungszustand verhängt. Wenn wir selbst in Berlin in den Tagen, wo wirklich alles auf den Spiele stand, den Belagerungszustand zu verhängen uns geweigert hatten, wurde in Bremen die Todesstrafe für Vergehen gegen den Belagerungszustand angedroht. Als die Lage eines Tages kritisch wurde und ein Kampf drohte, wurden die Angestellten der Aktiengesellschaft Weser an besonders exponierter Stelle untergebracht, so daß sie im Falle einer Beschießung waffenlos deren erste Opfer geworden wären.

Gegen diese Mißwirtschaft hat die Reichsregierung wochenlang durch Ermahnungen und Appelle eindringlichster Art anzukämpfen gesucht. Als Antwort bekam sie höhnische Abweisungen, und schließlich sagte man ihr klar und deutlich, daß man auf sie pfeife und nicht daran denke, sich um die Anordnungen von Ebert-Scheidemann auch nur im geringsten zu kümmern. Eine ganz besondere Rolle spielt dabei

Bremens Bedeutung als Seehafen.

Die Embargo-Schiffe konnten nicht rechtzeitig auslaufen und sind erst abgefahren, als man den kommunistischen Seeleuten ganz besonders hohe Prämien bezahlt hatte. Die Zustände wurden unhaltbar, als die Lebensmittelschiffe auslaufen sollten. Nachdem sich der Transportarbeiterverband und die Reeder geeinigt hatten, stellten die kommunistischen internationalen Seeleute die verrücktesten Erpressungsforderungen und drohten, kein Schiff ausfahren zu lassen, wenn ihre Forderungen nicht restlos bewilligt würden, sogar die Sabotage aller Lebensmittelschiffe wurde uns in Aussicht gestellt, wenn wir nicht sofort nachgäben. Dabei war es vollkommen klar, daß auf diese Weise das Auslaufen der Lebensmittelschiffe gar keinen Zweck hätte, denn **die Entente gibt uns nur Lebensmittel,** wenn wir einigermaßen dafür bürgen können, daß sie auch hier ordnungsmäßig verwaltet und verteilt werden. Wer aber konnte bei diesen Zuständen in Bremen die Garantie dafür übernehmen, daß die eingeführten Lebensmittel ordnungsgemäß an die Reichsleitung übergeben wurden. Da mußten wir Ordnung schaffen, wenn nicht die Ernährung des deutschen Volkes hilflos gefährdet werden sollte. Die Notwendigkeit dazu war um so mehr gegeben, als die Bremer und Hamburger Gewaltherrschaft sogar vor

offenkundigen Verletzungen der Waffenstillstandsbedingungen

nicht zurückschreckte und zum Beispiel die Minenboote wieder bewaffnen wollte, die nach den Waffenstillstandsbedingungen desarmiert werden mußten.

Nach langem Zögern entschloß sich die Regierung zum militärischen Eingreifen, nicht auf Drängen irgendwelcher Militaristen, sondern aus einfachstem Pflichtgefühl. Die Division Gerstenberg hatte durch einstimmigen Beschluß der Reichsregierung festgelegte genaue Vorschriften. Unser Bremer Kollege Deichmann war während der ganzen Aktion beim Stabe der Division, die nichts getan hat, was er nicht billigte, was er nicht für notwendig erklärt hätte. Der Einmarsch in Bremen und die Entwaffnung wäre vielleicht ohne Blutvergießen abgegangen, **wenn sich der Hamburger Soldatenrat nicht eingemischt hätte.** Der Hamburger Soldatenrat beanspruchte die oberste Kommandogewalt für den ganzen Bezirk des 9. Armeekorps. Die Regierung soll in diesem Bezirk nichts ohne seine Zustimmung tun können; das ist eine ganz unmögliche Zumutung. Wir haben ja auch in Cuxhaven einen Soldatenrat, der eine unabhängige kommunistische Republik ausgerufen hat. Dagegen hat der Hamburger Soldatenrat ebensowenig etwas unternommen, wie gegen

die verrückten Bremer Kommunisten.

Nur gegen die Reichsregierung will er seine angebliche Kommandogewalt hochhalten. Dabei hat er wiederholt dieser Reichsregierung mitgeteilt, daß er ihren Anordnungen nicht nachkommen kann. Wir haben ja auch Soldatenräte in Allenstein und Posen die das Recht der Verhandlung mit den Polen und das Recht auf Abtretung ostpreußischen Gebietes in Anspruch nehmen und erklären, da habe ihnen die Reichsregierung nicht hineinzureden. Wir haben alles Erdenkliche getan, um die Soldatenräte mit möglichst weitgehenden Befugnissen an unser Heeressystem anzugliedern. Aber die oberste Kommandogewalt muß, wie auch der Rätekongreß beschlossen hat, in den Händen der Reichsregierung bleiben, sonst geben wir wieder ruhig zu, daß wir mitten in der Anarchie sind, und treten ab. Leider hat sich ein Teil unserer Hamburger Parteigenossen von der Hetze gegen die Reichsleitung ins Schlepptau nehmen lassen. Von allen Vorgängen der letzten Wochen war mir der bedrückendste, daß die „Freiheit" einen Artikel des „Hamburger Echo" nachdrucken konnte, der uns als Wiederhersteller des Militarismus und

Verderber der Revolution

beschimpft. **Unsere eigenen Parteigenossen sind uns in der schwierigen Lage in den Rücken gefallen, das ist tief traurig für die ganze Sozialdemokratie.** Wenn das so weitergeht, dann wollen wir lieber gleich unseren Bankerott erklären und den Bankerott der Revolution dazu. Solange wir aber die Kraft haben, werden wir die Freiheit des deutschen Volkes gegen die terroristischen Gewaltakte einer kleinen Minderheit zur Geltung bringen. Die Schuld an dem Blutvergießen, das leider unvermeidlich

ist, trifft nicht uns, sondern die, die den Willen des deutschen Volkes nicht anerkennen wollen. Ich fordere Sie auf, das Vorgehen der Regierung in der Bremer Angelegenheit ausdrücklich zu billigen."

An die mit großem Beifall aufgenommene Rede Noskes schloß sich eine Aussprache, in der Robert Schmidt erklärte, die Aktion in Bremen sei unbedingt notwendig gewesen, weil ohne sie die Lebensmittelversorgung Deutschlands ausichtslos geworden wäre. Die Regierung hatte die Pflicht, die Lebensmittelzufuhr sicherzustellen, wollte sie nicht ganz Deutschland und die ganze Revolution am Hunger zugrunde gehen lassen. Robert Schmidt dankte ausdrücklich Noske dafür, daß er es auf sich genommen habe, sich als Fleischbeile aller Angriffe herzugeben, die wegen der unbedingt notwendigen Aktionen erhoben wurden. Nachdem noch viele Redner auch aus Hamburg, Altona und vom Transportarbeiterverband gesprochen hatten, wurde der bereits heute morgen mitgeteilte einstimmig angenommene Beschluß gefaßt: „Die Fraktion nimmt von den Mitteilungen über die Vorgänge in Bremen Kenntnis und billigt das Verhalten der Reichsregierung." (Vergl. Seite 3.)

* * *

Ruhe in Berlin.

Keine Arbeitseinstellungen.

Die V. P. N. schreiben:

Trotz des Widerstandes ihrer Führer gegen Demonstrationen in diesen Tagen, war seit Anfang dieser Woche in den Berliner Betrieben unter den Arbeitern eifrig dafür agitiert worden, daß sie am heutigen Donnerstag die Betriebe verlassen und gegen die Nationalversammlung demonstrieren sollten. Da die spartacistischen Führer ihre Anhänger nicht in der Hand haben, war zu befürchten, daß diese Treibereien Erfolg haben würden. Dies ist nicht der Fall gewesen, in allen großen Betrieben haben sich heute, am Tage der Eröffnung der Nationalversammlung, die Arbeiter vollzählig zur Arbeit eingefunden. Ueberall herrscht Ruhe.

Die kriegsgerichtliche Untersuchung über den Tod Liebknechts und Rosa Luxemburgs

Die Gardekavallerieschützendivision teilt mit: „Das bisherige Ergebnis der kriegsgerichtlichen Untersuchung in den Fällen Liebknecht und Rosa Luxemburg hat im allgemeinen die erste amtliche Mitteilung nicht widerlegt. Im Falle Liebknecht ist festgestellt worden, daß es Mitglieder der Wilmersdorfer Bürgerwehr waren, welche die Festnahme durchgeführt haben, und daß nicht die Division die Veranlassung dazu gegeben hatte. Die Ermittelungen haben ergeben, daß bei dem Transport Liebknechts zum Wagen ein Angehöriger des Regiments Jäger zu Pferde 2 namens Runge zwei Kolbenschläge mit dem Karabiner gegen Liebknecht geführt hat. Gegen Runge ist inzwischen ein Haftbefehl erlassen worden. Nach seiner Aeußerung ist er, wie Zeugen bekunden, zu seiner Tat veranlaßt worden, weil er auf Liebknecht seine Entlassung aus der Arbeit zurückführt und ihn verantwortlich hält für die Opfer der letzten Unruhen. In dem Vorgange im Tiergarten bei der Erschießung Liebknechts hat die Untersuchung nichts wesentlich Neues ergeben. — Im Falle Rosa Luxemburg hat sich über das Herumtreiben ihrer Person aus dem Wagen und ihr Verschwinden völlige Aufklärung noch nicht schaffen lassen. Die Leiche der Frau Luxemburg ist trotz sorgfältigen Nachforschens der Landwehrkanal nicht gefunden worden. Den Gerüchten, daß Frau Luxemburg noch lebe, wurde ebenfalls nachgegangen, ohne daß bisher diese Nachforschungen ein Ergebnis gezeitigt hätten. Auch Frau Luxemburg ist beim Verlassen des Hotels an der Ausgangstür von dem gleichen Soldaten mit dem Karabiner auf den Kopf geschlagen worden; ein anderer Mann, anscheinend auch ein Soldat, hat ihr auf der Fahrt mehrere Faustschläge versetzt. Ueber den angeblich auf sie abgegebenen Schuß ist weiteres noch nicht ermittelt. Es ist in den letzten beiden Tagen in der „Roten Fahne" eine Nachricht erschienen, welche Angaben über das Ergebnis der Untersuchung enthält. Diese Mitteilungen können nur durch einen Vertrauensbruch in die „Rote Fahne" gelangt sein, da die Division vorher nichts veröffentlicht hatte."

• **Verlustabschluß der bayerischen Staatsbahn.** Der bayerische Verkehrsminister v. Frauendorfer teilte heute in der Sitzung des Landeseisenbahnrates mit, daß die bayerische Staatsbahn für das Jahr 1918 ein Defizit von über 90 Millionen Mark aufzuweisen habe. Das Jahr 1919 werde eine Mehrausgabe von mindestens 170 Millionen Mark bringen. Die Mindereinnahme lasse sich noch gar nicht veranschlagen. Die finanzielle Lage der deutschen Bahnen biete überall das gleiche trostlose Bild.

Eine geheime Botschaft Wilsons.

Die Annahme des großen amerikanischen Flottenprogramms.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Haag, 6. Februar.

Nach hier eintreffenden Nachrichten ist die plötzliche, selbst die eingeweihten Kreise überraschende Annahme des großen amerikanischen Flottenplanes in der Flottenkommission des Repräsentantenhauses, die ohne weitere Erörterung erfolgte, auf eine Botschaft des Präsidenten Wilson zurückzuführen. Ueber ihren Inhalt bestehen nur Mutmaßungen. Jedermann fragt sich in Washington, welche Mitteilung der Präsident gemacht haben müsse, um diesen Erfolg zu erzielen. Für den Fall, daß die Entwicklung der Friedenskonferenz es erlaubt, sind aber Vorkehrungen getroffen, um den gefaßten Beschluß doch noch rückgängig zu machen. Es ist ohne weiteres klar, daß die Mitteilung des Präsidenten keinen sehr optimistischen Inhalt gehabt haben kann. Die Nachrichten aus Paris bestätigen denn auch, daß die Schwierigkeiten, die Probleme der Friedenskonferenz durch einen kräftig konstituierten Völkerbund zu lösen, dauernd zunehmen. Nach England wird bereits gemeldet, daß hervorragende Vertreter der verhandelnden Mächte offen erklären, man müsse schon zufrieden sein, wenn der endgültige Friedensvertrag „nach der alten Methode", das heißt, lediglich auf machtpolitischer Grundlage geschlossen werde. Wie groß diese Schwierigkeiten in der Tat sind, beweist das dauernde Geheimnis, das Wilsons Vorschläge für den Völkerbund und die Konferenzen des Völkerbundausschusses umgibt. Es liegt aber noch kein Beweis dafür vor, daß Präsident Wilson seine Hoffnung, durch den Völkerbund die sonst unlösbaren Konflikte, die in Paris jetzt aufgetragen werden sollen, doch zu lösen, aufgegeben hat. Es bleiben ihm noch zehn Tage bis zu seiner Rückkehr nach Amerika.

Die Ausschreitungen in Linz.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

⊙ **Linz a. D.**, 6. Februar.

Die Demonstrationen und Ausschreitungen in Linz, welche gestern mit den Plünderungen von Läden begonnen haben, dauern auch heute noch an. Kurz nach 7 Uhr morgens wanderten mehrere hundert Personen, meistens Frauen und Kinder, in die Stadt, wo namentlich die Geschäfte auf der Promenade und in der Museumsstraße den Plünderern zum Opfer fielen. Erst heute ließ sich ein genauer Ueberblick über die Zerstörungen, die gestern angerichtet wurden, gewinnen. Einzelne Demonstranten hatten mehrere Hüte übereinander auf dem Kopf, andere trugen ganze Bündel Schirme unter dem Arm, wieder andere schleppten ganze Ballen Stoffe mit sich usw. Die großen Lebensmittelgeschäfte und Juwelierläden sind durchwühlt bis auf die letzten Reste ausgeraubt. Die Brücke nach Urfahr wurde gesperrt, um ein Uebergreifen der Bewegung dorthin zu verhindern. Heute wurde über den Bezirk Linz Stadt und Land sowie die Stadt Urfahr Standrecht verhängt. Die Kundmachung ist von der provisorischen Landesregierung, vom Arbeiter- und Soldatenrat und vom Landesbefehlshaber gezeichnet. In der Nacht brach ein Haufen in das Zuckermagazin ein, wurde aber von der Volkswehr vertrieben. Heute früh fuhren Mannschaften der Volkswehr auf Autos, die mit Maschinengewehren versehen waren und rote Fahnen trugen, durch die Stadt. Einige Geschäfte haben sich zur freiwilligen Abgabe von Waren gratis oder zu sehr billigen Preisen entschlossen. Vor der Sparkasse und den Banken wurden Autos mit Maschinengewehren aufgestellt. Im Fabrikorte Kleinmünchen bei Linz wurden heute nachts gleichfalls die Kaufläden geplündert. Gegenwärtig herrscht Ruhe, doch zieht überall eine aufgeregte Menge durch die Straßen der Stadt. Auf Ansuchen des Linzer Soldatenrates unterblieb die Absendung von 1200 Gendarmen aus Wien und Salzburg nach Linz, da der Soldatenrat hofft, mit der Volkswehr der Bewegung Herr zu werden und Ordnung schaffen zu können.

Das Schicksal der deutschen Handelsflotte.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

w. Genf, 6. Februar.

Zur Frage der Uebergabe der deutschen Handelsflotte wird dem Bureau Europa Preß aus London gemeldet: In den Besprechungen zwischen den Delegationen in Paris wurde eine vollständige Einigkeit darüber erzielt, daß die deutschen Handelsdampfer, die nunmehr an die Entente übergeben werden, nicht mehr an Deutschland zurückgegeben werden. Die Konferenz wird nach dem Prinzip „Tonne um Tonne" handeln, so daß Deutschland seine gesamte Handelsflotte wird opfern müssen, um die Tonnage, die es versenkt hat, ganz decken zu können.

Deutsche Proteste in der Waffenstillstandskommission.

Berlin, 5. Februar. (W. T. B.)

Sitzungsbericht der Waffenstillstandskommission in Spaa vom 4. Februar 1919: Fünf deutsche Dampfer, die mit französischen Kriegsgefangenen von Cherbourg ausliefen, sind entgegen der Verabredung nicht zurückgekehrt. Auf die deutsche Nachfrage erklärte der französische Vorsitzende, der alliierte Schiffahrtsrat in Paris werde demnächst über die weitere Verwendung dieser fünf Dampfer befinden. General Nudant bestätigte heute schriftlich, daß aus Haidar-Pascha nicht nur die Zivilinternierten, sondern auch die deutschen Truppen heimbefördert würden. Er teilte ferner mit, daß bei der Weiterführung der Zivilprozesse in Elsaß-Lothringen, die noch am 11. November 1918 schwebten, nach den damals geltenden deutschen Gesetzen Recht gesprochen werde. Die deutschen Prozeßführer, die das Land inzwischen verlassen haben, könnten nur durch Rechtsanwälte französischer Abstammung vertreten werden.

Die Alliierten hatten die Beschlagnahme der gegen ihre Anordnung in der neutralen Zone befindlichen deutschen Heeresgüter angekündigt. Die deutsche Kommission sprach dem Verband in der heutigen Sitzung jedes Recht zu irgendeiner Beschlagnahme in der neutralen Zone ab. Das Oberkommando der Alliierten ließ auf eine deutsche Anfrage hin bekanntgeben, daß weder in der neutralen noch in der besetzten Zone Arbeiter- und Soldatenräte bestehen dürfen.

Die französischen Besatzungsbehörden in der Pfalz haben 10 000 Doppelzentner und 200 Waggonladungen raffinierten Zuckers, die für die Zuckerfabrik in Frankenthal bestimmt waren, beschlagnahmt und nach Elsaß-Lothringen befördert. Die Zuckerversorgung Deutschlands durch die Reichszuckerstelle ist infolgedessen stark gefährdet. Die deutsche Waffenstillstandskommission forderte die sofortige Rückgabe des beschlagnahmten Zuckers, da die Alliierten nur das Recht haben, für den unmittelbaren Unterhalt der Besatzungstruppen Requisitionen vorzunehmen und rationierte Lebensmittel überhaupt nicht dem Requisitionsrecht unterworfen werden sollten.

Die deutsche Kommission erhob gegen das Vorgehen des französischen Gesandten im Haag Einspruch, welcher der niederländischen Regierung das Abkommen über die Verlängerung des Waffenstillstandes vollkommen unzutreffend übermittelte, so daß die niederländischen Banken falsch unterrichtet wurden. Der stellvertretende Vorsitzende der deutschen Kommission erhob beim belgischen Vertreter Vorstellungen wegen Vergehen der belgischen Besatzungstruppen gegen die deutsche Bevölkerung. Der belgische Vertreter versprach, die belgischen Besatzungstruppen sofort von der deutschen Beschwerde in Kenntnis zu setzen.

Die englische Kommission teilte mit, daß Sir John Beale am 6. Februar in Spaa als britischer Bevollmächtigter eintreffe, der im Auftrage der Alliierten die Frage der Lebensmittelversorgung des links- und rechtsrheinischen Gebiets untersuchen soll. Es werde gebeten, deutsche Sachverständige namhaft zu machen, die ihm über Einzelheiten Aufschluß geben können.

Deutsche Waffenstillstandskommission.

Die Auslieferung des Kaisers.

Von [Nachdruck verboten.]

Fritz Mauthner.

Die Zeitungen berichten fast jeden Tag über die Absicht der Sieger, die Auslieferung und Bestrafung des Kaisers zu verlangen, überdies die Auslieferung und Bestrafung einiger Minister und Generale Deutschlands. Wir sind so blutmüde nach den Schrecknissen des Krieges und nach den Straßenkämpfen, die man Bürgerkrieg zu nennen sich gescheut hat, wir sind vielfach so würdelos geworden durch die Sorge um unsere Zukunft, daß wir uns durch eine solche Drohung gegen einzelne Persönlichkeiten nicht mehr aufregen lassen wollen. Die Opfer der Schlachten zählen nach Millionen. Da kommt es ja auf 3 oder 4 Tote mehr oder weniger nicht an. So fühlt man und schweigt. Oder will nicht Farbe bekennen.

Wenn ich nach einigem Zuwarten das Wort ergreife gegen die ungeheuerliche Absicht der — das ist menschlich und begreiflich — übermütigen Sieger, so brauche ich wenigstens nicht den Verdacht zu fürchten, daß Bewunderung oder Vorliebe für Kaiser Wilhelm II. aus mir spricht. (Das Umlernen, der Gebrauch von schnellfertigen Bezeichnungen, wie „Ex-Kaiser", „Ex-Kronprinz", „ehemaliger Kaiser", kommt mir bedientenhaft vor; ein Mann, der aus guten Gründen gekündigt hat, wird seinem früheren Herrn ruhig den alten Titel lassen, den bloßen Titel.) Meine Freunde wissen und die Leser meiner Schriften könnten wissen, daß ich seit 1890 oft genug noch immer mit der gebotenen Vorsicht, Handlungen und Reden des Kaisers Wilhelm verurteilt habe. Ich bin kein politischer Schriftsteller und darf mich darum nicht zu den wenigen Tapferen zählen, die es sich zur Lebensaufgabe gemacht hatten, den Kaiser als den gefährlichsten Feind des Reiches zu bekämpfen. Aber ich darf mich darauf berufen, daß ich, unbekümmert um den Staatsanwalt, der leichtfertigen Torheit des Monarchen entgegentrat, wo sie sich auf dem Gebiete von Kunst und Wissenschaft geschwätzig einmischte. Ich darf mich leider nicht darauf berufen, daß ich genau zehn Jahre vor der Revolution, als der Kaiser das Reich Bismarcks sichtbarlich dem Abgrunde zuführte und der Lächerlichkeit dazu, einen Aufruf schrieb, der die Abdankung des Kaisers — vielleicht ungeschickt — erzwingen wollte; es war nicht meine Schuld, daß der Aufruf ungedruckt blieb. Es ging wahrscheinlich nicht an.

So brauche ich nicht zu fürchten, daß ich wegen des Protestes, den ich jetzt kurz erheben will, einer der höfischen Parteien zugerechnet werde, die sich einen Monat lang vor der Revolution gedukt haben, und die nun, unter allerlei falschen Namen, wieder rührig geworden sind. Wahrlich, ich wünsche nicht die Restauration des Hohenzollernhauses, wenn ich meine innerste Empörung über den Gedanken an eine Auslieferung des Kaisers ausspreche. Ich hoffe, daß ich mit meiner Besinnung auf Ehre, Recht und Menschlichkeit nicht allein stehe. Und wenn auch.

Am ehesten könnte man sich noch mit der Beschimpfung abfinden, die mit der „Bestrafung" eines Deutschen durch das siegreiche Ausland verbunden wäre. Nicht weil wir seit dem Beginne der Verhandlungen über den Waffenstillstand an Beschimpfungen gewöhnt worden sind — eine Nation unserer geschichtlichen Vergangenheit gewöhnt sich nicht an Beschimpfungen —, sondern weil die Ehre eines Volkes noch weniger als die Ehre eines einzelnen von außen her verletzt werden kann. Weder Deutschland, noch der Buchhändler Palm haben etwas an ihrer Ehre eingebüßt, weil Napoleon den Mann für seine Flugschrift von der tiefsten Erniedrigung Deutschlands hinrichten ließ. Und die Ehre Hollands, das die Auslieferung zu beschließen hätte, ist Sache der Holländer. Es könnte aber noch schlimmer kommen. Es könnte geschehen, daß der kaiserliche Flüchtling auf deutschen Boden zurückflüchtete und dann Deutschland die Auslieferung anzuordnen hätte. Dann stünde allerdings auch der Bekenner der freiesten Moral, auch der Todfeind des Kaisers, auch der, der vermessen genug ihm die Hauptschuld am Weltkriege zuweist, vor einer Frage der nationalen Ehre. Einen Menschen, und wäre er der ärgste Schädling, der Rache des Feindes auszuliefern, das geht gegen die Empfindung des Volkes, dem er trotz alledem angehört. Und ehrlos ist jede Handlung, zu der man sich gegen eine deutsche Empfindung zwingen läßt.

Was den Einspruch gegen das Verlangen der Sieger diktiert, ist das Rechtsgefühl, ein unabweisbares Gefühl für das natürliche Recht und für das Völkerrecht. Einer der ältesten Sätze des sogenannten Naturrechts besagt, daß ein Beschuldigter um eines Verbrechens willen nicht zweimal bestraft werden dürfe. Die moderne Sentimentalität greift noch weiter, zu weit, da sie es nicht gestattet, daß man einen Verbrecher nach Abbüßung seiner Strafe seine Taten auch nur vorwerfe. Dann hätte ja die Weltgeschichte zu verstummen; aber die Weltgeschichte ist zwar nicht das Weltgericht, doch immerhin eine Instanz, die das Urteil der Zeit zu revidieren hat. Nun will es mir scheinen, als ob Deutschland selbst an Kaiser Wilhelm eine Strafe vollzogen hätte, die just für eine so verstiegene Persönlichkeit furchtbarer ist, als Todesstrafe oder Lynchjustiz gewesen wäre. Der Mensch, der die Stellung eines Weltrichters oder Welteroberers für sich erträumte, hat seinen 60. Geburtstag im Winkel verleben müssen, abgesetzt, geächtet von denen die er seine Untertanen nannte. Und hat, was für einen rechten König noch mehr bedeutet, den Sturz seines Hauses erlebt. Doch nicht Mitleid soll eine zweite Strafe verhindern, nur das geschriebene und ungeschriebene Recht.

Sodann gibt es ein sogenanntes Völkerrecht, auf welches sich die Sieger mit schlechtem Gewissen berufen. Jede Revolution schafft eine neues Staatsrecht, jeder große Krieg schafft ein neues Völkerrecht. Es wäre ja möglich, daß der Weltkrieg, der angeblich mehr und mehr für den „Völkerbund" geführt wurde — war es eine Weltlüge? — mit der Kodifizierung eines neuen Völkerrechts endete, das die Mitschuld am Kriege und jede Grausamkeit im Kriege mit dem Tode bestraft. Welcher Minister hüben und drüben, welcher Offizier hüben und drüben wäre dann noch seines Lebens sicher? Und woher nähme die Bestimmung ihre rückwirkende Kraft? (Wir hätten allerdings gegen die Einsetzung eines wirklich unparteiischen internationalen Gerichtshofes zur Prüfung aller Schuldfragen nichts einzuwenden. D. Red.) In den Kriegen wenigstens der letzten Jahrhunderte sind gefangene Fürsten und Generale von Völkerrechts wegen mit einer Rücksicht behandelt worden, die oft genug die Entrüstung der einfachen Leute herausforderte. Und im Mittelalter gar gehörte Schonung des Besiegten zum ritterlichen Völkerrecht. Als der Haß der Engländer und die Feigheit des französischen Klerus in trautem Verein beschlossen, die Jungfrau von Orléans, nur weil sie wilde Schlachten geschlagen hatte, bei lebendigem Leibe zu verbrennen, da begründete man das Urteil nicht mit dem Völkerrecht, da konstruierte man im Geiste jener Zeit ein kirchliches Verbrechen: Jeanne d'Arc wurde zu einer Hexe gemacht. Ebenso würde man heute für den Oberbefehlshaber der deutschen Armee und für seine politischen und militärischen „Handlanger" ein Verbrechen konstruieren müssen, um sie auf Grund eines Gesetzes bestrafen zu dürfen. Im Geiste unserer Zeit natürlich, also nicht ein Religionsverbrechen. Die Sünde gegen eine herrschende Idee müßte konstruiert werden. Die herrschende Idee einer gemeinsamen Religion, deren Verächter als Ketzer oder Hexen verbrannt wurden, ist nicht erst vor hundert Jahren abgelöst worden durch die herrschende Idee der Nationalität und des Nationalstaates, deren Verächter als Reichsfeinde in den Kerker geworfen wurden; jetzt ist die Idee der Menschlichkeit an der Reihe. Es scheint, daß jede solche Idee nur in der Theorie auf die Liebe gestellt ist, in der Praxis aber auf den Haß; denn jede dieser Ideen hat blutige Opfer gefordert, am meisten freilich die Religion. Und jede dieser Ideen hat irgend eine Art von Folter angewandt, um die Opfer zu überführen.

Ein anderes geschichtliches Beispiel liegt näher, wenn die Auslieferung des Kaisers zu einer Friedensbedingung gemacht wird: die grausame, langsame Hinrichtung Napoleons, durch die England sich rächte, auf die Gefahr hin, das französische Volk in unsühnbarer Weise zu erbittern und ein Genie, dem Europa bereits fluchte, mit dem Glorienschein eines Märtyrers zu umgeben. Die bösartige Folterung Napoleons auf der Insel Helena war mehr als ein politisches Unrecht, sie war eine Dummheit. Sollte jetzt die Neigung bestehen, ein solches Unrecht, eine solche Dummheit nach hundert Jahren zu wiederholen? Sind Sieger niemals im Unrecht? Können nicht auch unsere Sieger einmal eine Dummheit begehen? Ist es nicht möglich, daß die Rachelust, die einen Märtyrer schafft, sich wiederum rächt?

Die Wiedererrichtung der Internationale.

Annahme der Resolution Brantings auf der Berner Konferenz.

Bern, 5. Februar. (W. T. B.)

Die Nachmittagssitzung der internationalen Sozialistenkonferenz war, wie die Vormittagssitzung, gleichfalls der Erörterung der Frage des Völkerbundes gewidmet. Der französische Deputierte Milhaude verlangt die Schaffung eines Schiedsgerichts und eines internationalen Parlaments. Er fordert ferner die Errichtung einer internationalen Polizeimacht unter internationaler Kontrolle und betont, daß wirtschaftliche Schwierigkeiten, die oft zum Kriege geführt hätten, durch einen gerechten Austausch der Rohstoffe und Güter beseitigt werden müßten. In seinen weiteren Ausführungen wendet er sich in überaus scharfer Weise gegen die deutschen Mehrheitssozialisten und erregt mit seinen Darlegungen wachsende Unruhe unter der Versammlung. Er sagt, die deutschen Sozialisten hätten kein Recht, gegen die Blockade zu protestieren, da sie ja ihre Regierung unterstützt hätten. Das Vertrauen zu ihnen sei schwer erschüttert, namentlich durch die Verletzung der belgischen Neutralität und ihr Verhalten während des Krieges. Die ehemaligen französischen Minderheits- und jetzigen Mehrheitssozialisten rufen ihm zu: „Sie sind von der französischen Regierung hierher geschickt, um den Völkerbund zu begraben!" Sodann ergreift Ramsay Macdonald das Wort und bekennt sich als eifriger Anhänger des Völkerbundes, welcher ein Gerichtshof sein müsse für territoriale Fragen, nicht aber eine Polizeigewalt zur Erzwingung territorialer Forderungen. Der Völkerbund dürfe nicht auf einzelne Nationen beschränkt bleiben, sondern müsse die ganze Welt umfassen. Er dürfe keine Liga der Regierungen, sondern müsse eine Liga der Völker werden. Die in Paris geplante alljährliche Zusammenkunft der Ministerpräsidenten erscheine wie eine Verhöhnung des Völkerbundes. Cachin mahnt zur Vorsicht gegenüber dem, was jetzt in Paris vor sich gehe. Branting verliest eine Erklärung der deutschen Mehrheitssozialisten, in der es heißt: „Die deutsche Sozialdemokratie hat, wie immer man ihre Politik während des Krieges beurteilen mag, jetzt durch die Tat den entschlossenen Willen bekundet, ihre ganze Kraft dem Aufbau der durch den Krieg zerrütteten Welt zu widmen und im Geist und im Dienste der Internationale gemeinsam mit den Sozialisten aller Länder im Völkerbund den Sozialismus zu erkämpfen."

Branting schlägt der Versammlung folgende **Resolution** zur Annahme vor: „Die Konferenz in Bern erkennt an, daß für sie die Frage der unmittelbaren Verantwortlichkeit am Kriege geklärt ist, sowohl durch die Aussprache, als auch durch die Erklärung der deutschen Mehrheit, die den revolutionären Geist des revolutionären Deutschland und dessen völlige Loslösung von dem des für den Krieg verantwortlichen alten Systems bekundet hat. Indem die Konferenz die deutsche Revolution und die demokratischen und sozialistischen Einrichtungen, die sie herbeigeführt hat, begrüßt, **sieht sie die Bahn frei für die gemeinsame Arbeit der Internationale.** Die weitere Erklärung, die die deutschen Delegierten in der Debatte über den Völkerbund abgegeben haben, überzeuge die Konferenz, daß von nun an die vereinigten Arbeitermassen der ganzen Welt die stärksten Mittel zur Niederhaltung jeden Militarismus und aller Versuche, die internationale Demokratie zu vernichten, verbürgen und gewähren werden. Die Konferenz sieht in den in ihr geführten Debatten eine fruchtbare Vorarbeit und überläßt es einem künftigen internationalen Kongreß, dessen Einberufung unter normalen Bedingungen erfolgen kann, über die weltgeschichtliche Frage der Verantwortlichkeit das Urteil der Internationale zu fällen." Diese Resolution, deren Verlesung mit wiederholtem lebhaften Beifall begleitet wird, wird gegen wenige Stimmen von der Konferenz **angenommen**, nachdem der französische Deputierte Thomas zu den deutschen Sozialisten gesagt hatte: „Ich will euch ganz offen sagen, daß mein Vertrauen zu euch noch nicht völlig wiederhergestellt ist, und es fällt mir deshalb schwer, für die Resolution zu stimmen. Ich tue es aber im Vertrauen auf die Massen die hinter euch stehen." Damit schließt die heutige Nachmittagssitzung.

---

* Die **Danziger Stadtverordnetenversammlung** wählte zum Oberbürgermeister der Stadt Danzig den Geschäftsführer des Deutschen Städtetages, **Dr. Sahm**, zuletzt Bürgermeister von Bochum.

Ich habe nur noch eine einzige Frage zu stellen. Wäre die Forderung der Auslieferung am Ende gar als ein Posten mehr in die ungeheuerliche Rechnung gesetzt worden, als ein Posten, den man während des Handels großmütig wieder zu streichen sich herbeiläßt, um auf der baren Bezahlung anderer Posten, die Geld einbringen, um so fester zu bestehen? Dann allerdings wäre der ganze Handel sehr schädlich und jede Aufregung über das Geschrei nach Auslieferung des Kaisers würde nur das Geschäft der Sieger fördern.

---

a. i. **Im Komödienhaus** spielt nun Ferdinand Bonn den Dr. Schön in Wedekinds „Erdgeist". Er gibt ihn aus einer etwas breiteren, weicheren Anlage heraus, als man im Geiste der Tragödie diesen gebändigten Bändiger Lulus sich vorstellen mag. Die gesammelte knisternde Spannung, besonders der ersten beiden Akte, wird in dieser Auffassung gemildert, die Entladungen, die sonst bei Wedekind wie aus einem elektrischen Kondensator springen, werden gleichsam in einen geschlossenen Stromkreis übergeleitet. Bezwingend wirkt nur die Unterwerfung Dr. Schöns unter den Willen Lulus im dritten Akt. Hier gibt Ferdinand Bonn in einer hastig fliegenden, atemlosen Sätzen konzentrierten Nervenspiel. Dem letzten Akt fehlt jedoch wiederum die Dämonie, die den katastrophalen Abschluß wetterleuchtend übergeistert. Auch die übrige Besetzung — die in Absichtlichkeit erstarrte Lulu Maria Orska, der auch seelisch etwas zu rundliche Alwa Emil Virrous, der schwankhafte Medrigo Hans Mierendorffs und der Schigolch Rudolf Jüngers — reicht von der leben- und zerfallberauschten Atmosphäre der Tragödie nicht viel spüren.

Theaterchronik. „Salto mortale", ein abendfüllender Einakterzyklus von Paul Rosenhayn, wurde vom Kleinen Theater zur Uraufführung angenommen.

⊙ **Vorstandswahl in der Freien Sezession.** Die Freie Sezession in Berlin, deren Ehrenpräsident Max Liebermann ist, hat soeben in der Generalversammlung den Vorstand wie folgt neu gewählt: Theo v. Brockhusen, Georg Kolbe, Fritz Klimsch, Erich Heckel, Wilhelm Lehmbruck, Konrad v. Kardorff, George Mosson, Max Pechstein, Hans Purrmann. Vorsitzender ist Theo v. Brockhusen. Es wurde der Beschluß gefaßt, eine Frühjahrsausstellung von Gemälden, Graphik und Plastik zu veranstalten.

Wissenschaftliche Nachrichten. Der Heidelberger Nationalökonom Professor Dr. Max Weber hat einen Ruf an die Universität Bonn auf den Lehrstuhl für Staatslehre und Politik erhalten. Professor Weber wurde, wie bereits gemeldet, vor einigen Tagen auch von der durch den Rücktritt Lujo Brentanos erledigte Lehrstuhl für Nationalökonomie, Finanzwissenschaft und Wirtschaftsgeschichte an der Universität München angeboten.

Der Assistent an der Berliner Landwirtschaftlichen Hochschule, Regierungsbaumeister Wilhelm Lührs, ist zum ordentlichen Professor der Geodäsie an der Technischen Hochschule zu Braunschweig ernannt worden.

Der Anmarsch der Polen gegen Thorn.

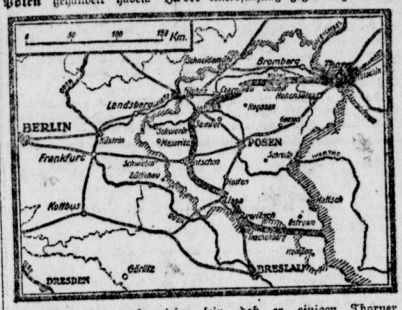
Die bolschewistische Gefahr in Ost- und Westpreußen.

(Telegramm unseres nach dem östlichen Kriegsschauplatz entsandten Sonderberichterstatters.)

b. Thorn, 6. Februar.

Im Laufe des heutigen Tages wird, wie mir von zuständiger militärischer Seite mitgeteilt wird, der Belagerungszustand über den Festungsbereich Thorn vorläufig aufgehoben werden. Es werden besondere Bestimmungen über Versammlungsfreiheit usw. erlassen werden. In der verflossenen Nacht wurde an der neutralen Zone, die der Vorsitzende des hiesigen Soldatenrates Raupe im Zusammenwirken mit den Polen in Hohensalza zwischen Thorn und Hohensalza geschaffen hatte, eine deutsche Postierung von den Polen aufgehoben.

Von den wegen Verdachts des Landesverrats verhafteten hiesigen Polen wurden alle bis auf zwei vorläufig wieder auf freien Fuß geblieben. Der Untersuchungsrichter Rychlicki und der Rechtsanwalt Szuman, da gegen diese beiden die Verdachtsgründe sehr stark sind. Rychlicki hat bereits eingestanden, daß er zu Verhandlungen mit den Polen in Posen war. Es soll sich hierbei um **Verhandlungen zwecks Uebergabe Thorns an die Polen** gehandelt haben. In der Untersuchung gegen Szuman



soll einwandfrei nachgewiesen sein, daß er einigen Thorner Polen geholfen hat, in die polnische Legion einzutreten. Auch dies wäre Landesverrat. Seine Sache ist dem Amtsgericht zur Untersuchung übergeben worden.

Wie mir von zuständiger militärischer Stelle mitgeteilt wird, besteht zunächst eine

Gefahr von Großpolen her für Thorn

nicht. Die Polen müssen zurzeit noch starke Kräfte gegen die Ukrainer in Galizien und gegen die Bolschewiki werfen. Polnische Truppentransporte sind ständig nach Lemberg und Bialystok unterwegs. Wenn es den Polen aber erst gelungen sein wird, mit den Ukrainern und Bolschewiken ins Reine zu kommen, wäre ein **großpolnischer Stoß auf Thorn wahrscheinlich.** Dagegen ist schon jetzt die polnische Gefahr im Innern äußerst groß. Die neugegründeten polnischen Kriegervereine sind nur scheinbar harmlos, denn in Wirklichkeit sind sie Kampforganisationen gegen das Deutschtum. Man muß auf alles vorbereitet sein. Die Herbeiholung von zuverlässigen Freiwilligenkorps ist deshalb dringend erforderlich, sonst ist die **Gefahr der Ueberrumpelung** wie in der Provinz Posen auch für Westpreußen vorhanden.

Gegen den Zentralrat der Ostfront hat das Generalkommando des 17. Armeekorps in Danzig Stellung genommen und erklärt: „Der Zentralrat der Ostfront ist weiter nichts, als der Rest des ehemaligen Soldatenrates beim Oberbefehlshaber Ost, der mit der Auflösung dieser Kommandobehörde jedes Anrecht auf ein weiteres Bestehen verloren hat. Der Zentralrat der Ostfront wird daher von der Regierung nicht anerkannt. Das Generalkommando des 17. Armeekorps hat schon früher erklärt, daß

es jede Zusammenarbeit mit dem Zentralrat der Ostfront ablehnt.

Entschließungen und Anweisungen, die vom Zentralrat der Ostfront dem Generalkommando zugingen, sind daher stets unbeachtet geblieben und werden es auch in Zukunft bleiben."

Offizierversammlungen in Thorn, Danzig, Marienwerder und Strasburg haben der Reichsregierung Kundgebungen übermittelt über den Kriegsministerialerlaß zur Kommandogewalt und den Erlaß als ersten Schritt zum **Wiederaufbau eines disziplinierten Heeres** und als eine Beruhigungsmaßnahme bezeichnet, gleichzeitig aber auch gegen die Einstellungsmaßnahme der Soldatenräte auf die Führerbestätigung und gegen die Rangabzeichenabänderung und gegen die unberechtigten Einsprüche der Soldatenräte protestiert.

In Danzig ist der amerikanische Lebensmittelkontrolleur für Polen, Oberst Grove, eingetroffen. Er erklärte einem Pressevertreter, **die bolschewistische Gefahr sei der deutschen Grenze näher, als man in Deutschland allgemein glaube.** Nach hier eingetroffenen Mitteilungen sind die bolschewistischen Ideen in Ostpreußen im Wachsen begriffen, so daß die bolschewistische Bedrohung von außen und innen zusammenarbeitet.

Eine großzügige Aufklärung

über die Gefahren des Bolschewismus für jeden einzelnen und das Volk ist nicht nur in Ostpreußen, sondern in ganz Deutschland notwendig.

In der Stadt Posen wurden von den Polen **folgende neue Geiseln** festgenommen: der Präsident der Ansiedlungskommission, Ganse, Handelskammerpräsident Kantorowicz, Bürgermeister Künzer, Stadtverordnetenvorsteher Placzek, Doktor Gutmann, Lehrer Rodwielski und Leutnant Martini. Generalarzt Behrendsen, Stabsarzt Prurers und auch Landeshauptmann v. Heyking wurden verhaftet, aber wieder freigelassen.

In Graudenz wurden der Verleger Kulerski der „Gazeta Grudziadzka" und Leutnant v. Dominirski vom Jägerregiment zu Pferd wegen Hochverrats verhaftet. Beide hatten in einer Soldatenversammlung aufrührerische Reden gehalten. Dem Vernehmen nach wollen die Polen in großem Maßstabe versuchen, **deutsche Grenzschutzsoldaten mit Geld zu bestechen, um sie** zu bewegen, die Waffen niederzulegen.

Die Lage im Osten.

Bericht der Obersten Heeresleitung.

Berlin, 6. Februar. (W. T. B.)

Amtliche Mitteilung der Obersten Heeresleitung über unsere Truppen im Osten:

Seit dem 3. Februar liegt der Ostschutz in der Hand der Obersten Heeresleitung.

Die Lage ist vor allem im Baltikum immer noch sehr ernst. Zwar ist es gelungen, den **Ansturm der Sowjettruppen am Windau-Abschnitt** zunächst zum Halten zu bringen. **Es liegen jedoch Anzeichen dafür vor, daß der Gegner nur Verstärkungen heranzieht, um dann seinen Vormarsch mit erneuter Kraft fortzusetzen.** Der Besitz von **Libau scheint das nächste Ziel der Sowjettruppen zu sein. Auch südlich des Baltikums ist es uns gelungen, unsere Linien zu behaupten und damit die Grenzen von Ostpreußen und die für den Abtransport so überaus wichtige Bahn Brest-Litowsk—Groß-Postken zu sichern. Kowno, Grodno, Bialystock und Brest-Litowsk sind in unserem Besitz.**

Die Räumung der Ukraine ist am 12. Februar beendet. Es ist gelungen, alle Truppen bis auf die in Odessa und Nikolajewsk abgeschnittenen zurückzuführen.

Die Spartacus-Tage an der Küste.

Der Sturm auf die Kieler Marinestation und die Matrosenkaserne.

Putsch bewaffneter Matrosen und Arbeiter. — Tote und Verwundete.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

L. Kiel, 5. Februar.

Ueber die Ereignisse in Kiel wird uns im Anschluß an unsere gestrige Meldung noch mitgeteilt:

Nachdem gegen Mittag ein Teil der Arbeiterschaft die Arbeit auf den Werften niedergelegt hatte, sammelten sich gegen 1 Uhr vor dem Gebäude der Marinestation 80 bewaffnete Matrosen und Arbeiter, drangen in das Gebäude ein, entwaffneten die Posten und machten den Versuch, die Telephonzentrale zu besetzen. Auf sofortige Benachrichtigung eilte eine Sicherheitswache aus der in der Nähe befindlichen Kaserne herbei, drang in das Gebäude ein und vertrieb die eingedrungenen Matrosen und Arbeiter unter Anwendung von Waffengewalt. Bei diesem Kampfe gab es 2 Tote und mehrere Verwundete. Die Matrosen und Arbeiter zogen darauf zur Kaserne der 1. Matrosendivision, die sie zu stürmen versuchten. Sie forderten Waffen und Munition, wurden aber am Torweg zurückgewiesen und darauf aufmerksam gemacht, daß scharf geschossen werden würde, wenn ein Angriff versucht werden sollte. Als die Matrosen und Arbeiter trotzdem eindringen versuchten, wurde im dritten Stockwerk ein Maschinengewehr in Stellung gebracht, **das in die stürmende Menge hineinschoß.** Es kam zu **heftigem Kampfe, wobei die regierungstreuen Matrosen wurden von aufständischen Kameraden in der Kaserne hinterrücks angegriffen.** Den Regierungstreuen gelang es aber, die Oberhand zu behalten. Bei einer Durchsuchung der Kasernenräume wurden Vorräte von deutscher und russischer Munition, außerdem Handgranaten und Schußwaffen gefunden. Der Kampf kostete **vier Tote und zwölf Verwundete.** Nachmittags wurde auf allen Werften die Arbeit vollständig eingestellt. Während des ganzen Nachmittags **gegen die Arbeiter** in Gruppen von Hunderten durch die Stadt. An mehreren Stellen fanden Versammlungen statt. Mehrfach wurden Patrouillen belästigt. Der Bahnhof ist vollständig gesperrt. Die nach hier fahrenden Züge verkehren nur bis an die Vorortbahnhöfe. **In mehreren Straßen drangen Arbeiter in die Waffenläden ein und erzwangen die Herausgabe von Waffen.** Heute abend wurde die Zahl der bei den Kämpfen und späteren Zusammenstößen auf der Straße verwundeten Personen auf 15 angegeben.

Unternehmungen weserabwärts.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

⊙ **Bremen**, 6. Februar.

Die Marinebrigade hat eine Unternehmung weserabwärts gemacht und hat dabei erhebliche Waffenmengen eingebracht. Die ganze innere Stadt ist fest in den Händen der Regierungstruppen. Die Vorstädte dürften im Laufe des heutigen Tages besetzt werden.

*

● Wie uns von der Reichsregierung mitgeteilt wird, nehmen die Bremer Operationen der Division Gerstenberg den vorgeschriebenen Fortschritt. Die Führer der Spartacisten sind zum größten Teil geflohen und die Entwaffnung der nicht zum Waffentragen Berechtigten sowie die Haussuchungen haben den Regierungstruppen sehr große Mengen Waffen in die Hände gespielt. Die alarmierenden Nachrichten von der Wasserkante, die von den Soldatenräten in die Welt gesetzt werden, sind zum größten Teil stark übertrieben. Diese Soldatenräte haben vielfach, wie das Telegramm des 9. Armeekorps (Hamburg) beweist, nur eine geringe Anzahl von Anhängern hinter sich und suchen diese Tatsache durch Alarmmeldungen zu verschleiern.

*

Radek in Bremen. Nach in Berlin eingelaufenen Privatmeldungen soll sich Radek, der von früher her eine ganze Anzahl Freunde in Bremen besitzt, in der Hansastadt aufhalten.

*

Hamburg, 5. Februar. (W. T. B.)

Wie der Zentralbeamtenrat mitteilt, ist die Arbeitsniederlegung der Beamtenschaft nach zufriedenstellenden Zusicherungen seitens des A.- und S.-Rates beendet.

Die Groß-Berliner Stadtverordnetenwahlen.

Weitere Vorschlagslisten.

Außer den schon von uns genannten Persönlichkeiten, die für die Stadtverordnetenwahlen in Berlin wieder kandidieren, sollen noch die folgenden bisherigen Stadtverordneten auf die demokratische Vorschlagsliste gesetzt werden: Dr. Körte Professor Dr. Landau, Waldeck Manasse, Hermann Groh Dr. Ritter, Imberg, Löser, May, Thieme, Dr. Brandenburg, Justizrat Dr. Galland, Gronwald, Dönges; von den Sozialdemokraten kandidieren u. a. die bisherigen Stadtverordneten Leid, Glocke, Ladendorf, Seckelsohn und Gewerkschaftsbeamter Ritter. Sowohl bei den bürgerlichen, wie auch bei den sozialdemokratischen Fraktionen werden die Vorschlagslisten noch weiter ergänzt. Die vollständigen Listen werden erst Ende dieser oder Anfang der kommenden Woche fertiggestellt werden.

Von den bisherigen Berliner Stadtverordneten haben eine Wiederwahl abgelehnt die Herren: Hermann Hellriegel, Stapf, Heintze, Klaar, Dr. Knauer, Redakteur Dr. Levy, Rudolf Menzel, Gustav Rückert. Unentschieden ist, ob der bisherige Stadtverordnete Wurm (Unabhäng.), der jetzt Präsident des Reichsernährungsamtes ist, wieder aufgestellt wird. Von einer Wiederaufstellung des früheren Stadtverordneten und ehemaligen Berliner Polizeipräsidenten Eichhorn, der als „unbekannt verzogen" gilt und gegen den der Staatsanwalt einen Haftbefehl erlassen hat, wollen die Unabhängigen Sozialdemokraten aus naheliegenden Gründen einstweilen absehen. Wie erinnerlich, war schon die Einführung des Stadtverordneten Eichhorn vor einigen Monaten mit Schwierigkeiten verbunden.

In Charlottenburg soll die demokratische Vorschlagsliste noch um einen Gemeindebeamten bereichert werden. Die bisherigen Stadtverordneten, Amtsgerichtsrat Dr. Paul Liepmann und Vollmann sind gleichfalls am Anfang der Vorschlagsliste mit aufgeführt worden.

Wilmersdorf geht in der Wahlagitation etwas langsam vor. Zu einer Vorschlagsliste haben sich die Bemühungen der Bezirks- und Kommunalvereine noch nicht verdichtet. Es ist bis jetzt lediglich ein Uebereinkommen getroffen, daß alle Bürgerlichen gegen die Sozialdemokraten gehen wollen. Ein „bürgerlicher Ausschuß" von sieben Mitgliedern ist gewählt worden, der aus einer Frau, einem Mittelstandsvertreter und den Vorsitzenden von fünf unpolitischen Bezirksvereinen besteht. Die Sozialdemokraten entfalten in Wilmersdorf eine regere Tätigkeit. Während sie es bis jetzt nur auf zwei Sitze im Stadtparlament bringen konnten, hoffen sie bei dem neuen Wahlmodus es auf 20 bis 22 Sitze zu bringen. Die Demokraten glauben durch rege Agitation — die aber bald einsetzen müßte — gleichfalls etwa 20 Sitze zu erobern. Die übrigen Sitze, etwa 26, hoffen die übrigen bürgerlichen Parteien zu besetzen. Wilmersdorf hat gegenwärtig 60 Stadtverordnete, die Zahl soll bei den kommenden Wahlen auf 66 erhöht werden.

Außer den von uns bereits mitgeteilten Groß-Berliner Gemeinden, die beschlossen haben, die Zahl ihrer Gemeindevertreter zu erhöhen, beabsichtigt auch Friedrichsfelde jetzt 24 statt 18 Gemeindevertreter und acht statt sechs Schöffen zu wählen. Die Gemeinde Schmargendorf hat beschlossen, die Zahl der Gemeindevertreter von 15 auf 24 und die der Schöffen von vier auf sechs zu erhöhen; Adlershof vermehrt die Zahl der Gemeindevertreter von 15 auf 21 und die Schöffen von drei auf fünf.

*

Bürgermeister Wilke (Reinickendorf) hat seine Pensionierung beantragt; auch Dr. Kühnemann, der bekannte Industrielle, hat sein Amt als Gemeindeschöffe in Reinickendorf niedergelegt.

Rabbiner Dr. Joseph Stier ist im Alter von 76 Jahren in Berlin gestorben. Mit ihm scheidet ein sehr bekannter und geschätzter Kanzelredner aus dem Leben. Fast dreißig Jahre lang stand der Verstorbene im Dienste der jüdischen Gemeinde. Sein Sohn ist der bekannte Nationalökonom Professor Dr. Stier-Somlo. Die Beerdigung findet am Sonntag, nachmittags 2 Uhr, von der alten Halle des Friedhofes in Weißensee aus statt. Der Beerdigung geht eine Trauerfeier mittags 12 Uhr in der Alten Synagoge, Heidereutergasse, voraus

Das Auftreten der schwarzen Pocken hat die Neuköllner Polizei zu besonderen Maßregeln veranlaßt. Vor einigen Tagen wurde ein Erkrankungsfall festgestellt. Seitdem haben sich nun die schwarzen Pocken in der Nachbarschaft weiter verbreitet. Sie sind bis jetzt in den Häusern Weichselstraße 53, Weichselplatz 2, Weserstraße 139, Tellstraße 9, Friedelstraße 37 und Treptower Straße 8 festgestellt worden. Das Neuköllner Polizeipräsidium veröffentlicht eine Bekanntmachung, die darauf aufmerksam macht, daß nicht allein Fälle der schwarzen Pocken, sondern auch solche von Windpocken sofort anzuzeigen sind. Auch diese gehören zu einer Zeit, wo die schwarzen Pocken auftreten, zu den ansteckenden Krankheiten.

Personalnotizen. Generalleutnant Fuchs, bei Kriegsbeginn Kommandeur der 16. Division, und Generalleutnant Kasten, im Frieden Inspekteur der 4. Pionierinspektion, wurden zur Disposition gestellt.

Vereitelter Raubmordanschlag. Sieben Zivilisten und Soldaten hatten verabredet, in Reinickendorf einen Raubmord auszuführen. Sie verschafften sich einen Militärkraftwagen und fuhren nach Reinickendorf. Ihr Plan scheiterte aber, da das Opfer, auf das sie es abgesehen hatten, nicht zu Hause war. Unterdessen war der Kriminalpolizei der Anschlag bekannt geworden, und es gelang ihr, als Begleiter des Chauffeurs einen verkleideten Beamten mitzusenden, um die Ausführung zu verhindern. Die Verbrecher merkten auch nicht, daß ihnen heimlich ein zweiter Kraftwagen folgte. Dieser fuhr auch dann unbemerkt wieder nach, als sie ihren Plan durch die Abwesenheit des Opfers durchkreuzt sahen und wieder umkehrten. Zu geeigneter Zeit griff die Besatzung des zweitens Wagens ein und nahm die Verbrecher fest.

Wieder ein Opfer der Gassperre. In der Stallschreiberstraße 15 wurde der 44 Jahre alte Kaufmann Alfred Schwarz in dem mit Gas angefüllten Wohnzimmer tot aufgefunden. Der Hahn der Gaslampe war geöffnet. Allem Anschein nach hat Schwarz beim Zubettegehen den Hahn der Lampe geöffnet und da der Automat kein Gas mehr hergab, kein Licht angezündet, dann aber vergessen, den Hahn wieder zu schließen.

Die Stradivariusgeige Hubermanns ist, wie uns der Künstler heute aus Wien telegraphiert, durch einen Privatdetektiv wieder aufgefunden worden. Auf Veranlassung des Detektivs hat die Polizei ein Hehlernest ausgehoben, in dem sowohl die wertvolle Stradivariusgeige wie eine zweite, weniger kostbare Geige Hubermanns, die gleichfalls gestohlen worden war, aufgefunden wurde. Der Hehler wurde verhaftet.

---

* Deutsche und internationale Eisenpreise.

Während im Ausfuhrgeschäfte immer neue Meldungen von Preiskonzessionen kommen — in der Schweiz muss man sich zu solchen unter dem Drucke des französischen Angebots, in Holland unter dem Drucke des sich schon stark fühlbar machenden englischen Wettbewerbs verstehen — scheint man in industriellen Kreisen bestrebt zu sein, dem Inlandsverbraucher neue Preiserhöhungen zu diktieren. Darauf lässt wenigstens eine Meldung schliessen, dass eine gegen Mitte des Monats stattfindende Sitzung des Stahlwerksverbandes eine abermalige Erhöhung der Eisenpreise beschliessen wird, eine abermalige, denn erst vor wenigen Wochen hat der Verband seine Inlandsnotierungen auf der ganzen Linie um den geradezu sensationellen Satz von rund 100 M. pro Tonne in die Höhe gesetzt. Als Gründe für die neuen Preiserhöhungen wurden bezeichnet: verzweifelte Arbeitsverhältnisse, Kohlen-, Koks- und Rohmaterialpreise, Achtstundentag und die jüngsten Lohnerhöhungen. Welch ganz bedenkliche Höhe die Inlandspreise des Stahlwerksverbandes mit der Zeit erklommen haben, macht die folgende Tabelle ersichtlich; es stellten sich in Mark pro To.:

	Blöcke	Knüppel	Platinen	Träger
3. Quartal 1914	82,50	95.00	97.50	110
4. „ 1914	90.00	102.50	105.00	110
1. „ 1915	90.00	102.50	105.00	120
2. „ 1915	92.50	110.00	112.50	120
3. „ 1915	102.50	115.00	117.50	130
4. „ 1915	102,50	115,00	117,50	130
1. „ 1916	102.50	115.00	117.50	130
2. „ 1916	107.50	122.50	127.50	140
3. „ 1916	127,50	142.50	147.50	160
4. „ 1916 bis 4. „ 1918	Preise wurden nicht bekanntgegeben.			
1. „ 1919	285.00	300.00	305.00	320

Allerdings waren die Auslandspreise bis in die letzten Tage hinein gleichfalls sehr hoch, ja zum Teil noch wesentlich höher als die Inlandnotierungen. Wie jedoch eingangs erwähnt, hat man aber in den ausländischen Absatzgebieten bereits rapide mit den Preisforderungen heruntergehen, ja sie stellenweise gleich in einem Ruck um 100 Fr., also auf Basis der heutigen Devisenkurse um rund 200 M. pro Tonne ermässigen müssen. Dabei sprechen dann alle Gründe dafür, dass es sich hierbei nicht um Einzelerscheinungen handelt, sondern dass überhaupt die im gesamten Auslande zu erzielenden Preise schon in Bälde auf einen gegen früher stark ermässigten Stand herabsinken werden. Denn einmal ist die Tendenz am amerikanischen Eisenmarkte nach abwärts gerichtet und sodann dürften in absehbarer Zeit in England auch die Abgaben in Wegfall kommen, die in beträchtlicher Höhe — 5 Pfd. Sterl. pro Tonne — von den Fabrikanten auf Eisenerzeugnisse zu leisten sind, für die Ausfuhrbewilligungen seitens der Regierung erteilt werden. Ist doch das Interesse, das der englische Eisenindustrielle selbst an den hohen Auslandsnotierungen bisher hatte, nur ein platonisches, da doch ein wesentlicher Teil seines Erlöses unmittelbar in die Taschen der Regierung fliesst. Ueberdies macht sich in Kenntnis der unnatürlichen Preisgestaltung die am internationalen Eisenmarkt Platz gegriffen hat, in dem einen oder anderen ausländischen Absatzgebiete bereits ein Widerstand gegen die hohen Eisenpreise geltend, die bei der Einfuhr aus England und Deutschland gefordert werden. Wie dem im einzelnen aber auch sei, die bedauerlichste Erscheinung ist jedenfalls, dass gerade in dem Momente, in dem die hohen Ausfuhrnotierungen ins Wanken geraten und zum Teile schon wesentlich niedrigeren Preisen haben Platz machen müssen, die hohen Inlandsnotierungen dem Anscheine nach von neuem heraufgesetzt werden sollen. Vorläufig gestatten allerdings die deutschen Inlandspreise unter Berücksichtigung des Standes der deutschen Valuta noch den Wettbewerb mit der ausländischen Eisenindustrie, doch würde dies aufhören, wenn die zurzeit am Eisenmarkt herrschenden entgegengesetzten Tendenzen — weitere Steigerung der Inlandspreise und Ermässigungen der Weltmarktspreise — noch Fortschritte machen sollten.

*

*** Verlustausweise beim Eisen- und Stahlwerk Hoesch Akt.-Ges.** in Dortmund haben im November 1918 mit einem Betriebsverlust von rund 2 Mill. M. und im Dezember mit einem solchen von 3 Mill. M. abgeschlossen. Abschreibungen sind in diesen Summen nicht enthalten. Wie die Verwaltung mitteilt, ist auch im Januar mit einem wesentlichen Betriebsverlust zu rechnen. (In dem am 30. Juni 1918 abgeschlossenen Geschäftsjahre betrug der Betriebsgewinn 27 680 819 M. und der Ueberschuss 12 566 952 M.)

*** Reichsbank.** Im Zusammenhang mit den Anforderungen des Monatsschlusses stieg die gesamte Kapitalanlage der Reichsbank in der letzten Januarwoche von 26 724,2 Mill. M. auf 27 255,7 Mill. M., d. h. um 531,6, die bankmässige Deckung für sich allein genommen um 536,2 Mill. M. Ein Teil des Gegenwertes dieser Kreditnahmen blieb der Bank in einer Zunahme der fremden Gelder erhalten, die sich um 200,3 Millionen M auf 12 522,7 Mill M erhöhten. Die tatsächliche Neuinanspruchnahme der Bank, d. i. die Zunahme der Anlage abzüglich der Vermehrung der fremden Gelder, stellte sich für die Berichtswoche auf 331,3 Millionen M gegenüber 272,4 Mill. M. in der letzten Januarwoche 1918. Die Entwicklung des Zahlungsmittelbedarfs gestaltete sich in der letzten Januarwoche wiederum verhältnismässig günstig: der Neubedarf an Banknoten und Darlehnskassenscheinen war diesmal nur um eine Kleinigkeit, nämlich um 6,2 Mill. M. höher als vor einem Jahre. An Banknoten wurden in der vierten Januarwoche 254,4 Mill. M. (gegen 220,1 Mill. M. in der letzten Januarwoche (1918) neu verausgabt, so dass der gesamte Notenumlauf sich am 31. Januar 1919 auf 23 647,6 Mill. M. erhöhte. Daneben mussten von der Reichsbank an Darlehnskassenscheinen während der Berichtswoche 162,3 Mill. M. (gegen 190,4 Mill. M. in der entsprechenden Woche des Vorjahres) neu zur Verfügung gestellt werden, so dass sich die Gesamtsumme der im freien Verkehr befindlichen Darlehnskassenscheine am 31 Januar 1919 auf 10 170,8 Mill. M. belief. Der Goldvorrat zeigte eine weitere Abnahme um 1,7 Mill. M. auf 2253,7 Mill. M.; die Bestände an Scheidemünzen ermässigten sich um 0,1 Mill. M. auf 19,97 Mill. Mark, während an Reichskassenscheinen 0,9 Mill. M. zur Bank zurückflossen. Der gesamte Darlehnsbestand bei den Darlehnskassen erfuhr durch Neuausleihungen eine Zunahme um 238,3 Mill. M. auf 16 158,6 Mill. M.. Ein dieser Steigerung entsprechender Betrag an Darlehnskassenscheinen floss in die Reichsbank die ihrerseits, wie oben erwähnt, 162,3 Mill. M. in den freien Verkehr abgab. Die eigenen Bestände der Bank an Darlehnskassenscheinen stellten sich am 31. Januar 1919 auf 5745,5 Mill. M.

*** Die Ausfuhrverbote in der chemischen Industrie.** Zu unserer Notiz vom 31. Januar wird uns geschrieben: Die vom Verein zur Wahrung der Interessen für die chemische Industrie gegründete Zentralstelle für Ein- und Ausfuhrbewilligung für die chemische Industrie, die von der Regierung gewissermassen als fachmännisch beratende Stelle des Reichskommissars für Ein- und Ausfuhrbewilligung bestätigt wurde, jedoch in der Hauptsache nur die Interessen der chemischen Grossindustrie wahrte, besteht immer noch und unterbindet zum Schaden der gesamten Volkswirtschaft sowie der kleineren und mittleren Betriebe der chemisch-pharmazeutischen Branche den Export. So sind nach der Kontingentierungspflicht nur die Firmen exportberechtigt, die in den letzten 18 Monaten vor dem Kriege exportiert haben. Dadurch ist allen kurz vor dem Kriege und während des Krieges entstandenen und allen jetzt entstehenden Firmen der chemisch-pharmazeutischen Branche die Möglichkeit genommen, zu exportieren. Da das Hauptkontingent des Exportes im Frieden natürlich die grossen Firmen gestellt haben, ist durch diese Verordnung diesen Firmen ein direktes Privileg zum Schaden der kleineren und mittleren Betriebe sowie der neu entstehenden Firmen gegeben worden. Durch vollständige Aufhebung der Ausfuhrbeschränkungen in der chemisch-pharmazeutischen Industrie könnte unsere Valuta erheblich verbessert werden und durch Export von Arzneimitteln wäre es möglich, im Kompensationswege Lebensmittel und andere Rohstoffe in grossen Mengen aus den neutralen Staaten und insbesondere aus Amerika hereinzuschaffen. Besteht die Notwendigkeit, für einzelne wichtige und im Lande selbst dringend gebrauchte Arzneimittel die Ausfuhrerlaubnis zu verweigern, so soll das Verbot für alle Firmen gleichmässig gelten.

*** Beantragte Erhöhung der Zementpreise.** Bei der Regierung, die Ende vorigen Jahres bestimmte, dass die am 28. September 1918 festgesetzten Kriegsteuerungszulagen für Zementlieferungen auch für die Zeit vom 1. Januar bis 31. März 1919 bestehen blieben, ist von den Verbänden eine Erhöhung der Zementpreise um 30 M. die Tonne beantragt worden.

Entschädigungen für rückgängig gemachte Kriegsaufträge. Wie verlautet, werden die kontraktlichen Vereinbarungen zwischen der alten Regierung und solchen Kriegsmaterialunternehmungen, denen bei der Rückgängigmachung erteilte Aufträge für Heeresmaterial bestimmte Entschädigungen zugesagt waren, von der neuen Regierung anerkannt und erfüllt.

*** Die Firma A. Wertheim G. m. b. H.**, die bisher dem Verbande deutscher Waren- und Kaufhäuser nicht angehörte, ist, wie wir hören, diesem Verbande kürzlich beigetreten.

*** Leipziger Central-Viehmarktsbank Akt.-Ges.** in Leipzig. Die Verwaltung beantragt, wie uns gemeldet wird, eine Kapitalerhöhung um 580 000 M. auf 1 Mill. M. und die Aenderung der Firma in Leipziger Handels- und Verkehrsbank.

*** Fabrik für Blechemballage O. F. Schaefer Nachf. Akt.-Ges.** in Berlin. Aus einem Ueberschuss für 1918 von 230 719 M. (i. V. 214 685) soll, wie schon gemeldet, wieder eine Dividende von 10 pCt. zur Ausschüttung gelangen. Der Vortrag ist weiter erhöht worden von 95 985 auf 113 782 M., um als Reserve für die Uebergangszeit zu dienen. Nach den Mitteilungen im Geschäftsbericht ist der augenblickliche Geschäftsgang zufriedenstellend, der weitere Verlauf hängt davon ab, wie sich die Rohmaterialbeschaffung gestaltet.

Russlands Finanzlage im Jahre 1918. Die Regierung zu Moskau macht über die Finanzlage des Jahres 1918 folgende Angaben: Die Ausgaben im ersten Halbjahr betrugen 17 602 Mill. Rbl., im zweiten Halbjahr 29 074 Mill. Rbl; zusammen rund 47 Milliarden Rbl. Hierin sind eingeschlossen 7300 Mill. Rbl. ausserordentliche Ausgaben infolge des Kriegszustandes, von denen wiederum 863 625 000 Rbl. die an Deutschland gezahlten Entschädigungen darstellen. Die Einnahmen der Sowjets in der ersten Hälfte des Jahres werden auf 2852 Mill. Rbl., die Einnahmen vom Juli bis Dezember auf 12 730 Mill. Rbl. geschätzt. Die Erhöhung der Einnahmen ist beinahe ausschliesslich der im Oktober eingeführten Kapitalsteuer zu verdanken. Diese Steuer, die 10 Milliarden einbringen soll, wird von allen Personen erhoben, die ein monatliches Einkommen von mehr als 1500 Rbl. haben.

Dividenden und Abschlüsse.

Hannoversche Gummiwerke Excelsior Akt.-Ges. in Hannover. Vorschlag 22 pCt. (i. V. 26 pCt.), ausserdem Erhöhung des Aktienkapitls um 300 000 M. auf 3 300 000 M. Die neuen Aktien nehmen für 1919 an der Dividende teil und werden den Aktionären im Verhältnis von 10 : 1 zum Parikurse angeboten.

F. W. de Fries Akt.-Ges. in Heder i. W. Vorschlag für 1918 wieder 8 pCt. Wie die Verwaltung mitteilt, hat die Gesellschaft in den letzten Monaten infolge der grossen Lohnerhöhungen Einführung des Achtstundentages, Kohlenmangels und mehrfachen Stilliegens nicht die Selbstkosten verdient.

Wicküfer Küpperbrauerei Akt.-Ges. in Elberfeld. Aus einem Ueberschuss von 549 943 M. (i. V. 948 679), bei Abschreibungen von 239 469 M. (i. V. 584 797) Vorschlag wieder 5 pCt.

A. Busse & Co. Akt.-Ges. in Berlin. Für 1918 wieder 0 pCt.

Wurzener Bank Akt.-Ges. in Wurzen. Vorschlag für 1918 8 pCt. (i. V. 10 pCt.).

Skandinaviska Kreditaktiebolaget in Göteborg. Aus einem Ueberschuss für 1918 von 20 494 189 Kr. (i. V. 16 070 894) und nach Rückstellung von 4 800 000 Kr (i. V. 3 551 612 Kr.) für Steuern Vorschlag wieder 25 Kr. für jede Aktie von 142 Kr.

Chemnitzer Aktienspinnerei in Chemnitz. Vorschlag für 1918 12 pCt. (i. V. 10).

* An der Börse

blieben heute die Umsätze auf ein verhältnismässig geringes Mass beschränkt, da sich die Spekulation mit Rücksicht auf die immer noch nicht beseitigte spartacistische Gefahr Zurückhaltung auferlegte. Der Verlauf der Nationalversammlung wird auch in Börsenkreisen mit grossem Interesse verfolgt. und wenn auch gewisse Erwartungen an sie geknüpft werden, so ergeben sich hieraus für den Verkehr noch keine besonderen Anregungen. Am Montanaktienmarkt waren Kursrückgänge in der Mehrzahl, doch gingen diese in keinem Falle über 1 pCt. hinaus. Die Aktien der Harpener Bergbaugesellschaft stellten sich sogar um ca. 1 pCt. über dem gestrigen Schlusskurse. Merklich schwächer setzten einige Rüstungswerte ein, so insbesondere die Aktien der Rheinischen Metallwarenfabrik, die bei Feststellung des ersten Kurses offenbar in Reaktion auf die Steigerung der letzten Tage mehr als 5 pCt. verloren. Von Farbwerten büssten die Aktien der Gesellschaft für Anilinfabrikation ca. 3 pCt. ein, während sich von Schiffahrtswerten die Aktien der Hamburg-Südamerikanischen Dampfschiffahrtsgesellschaft niedriger stellten.

Variable Kurse.

	5. 2.	Heutige Kurse			
Pr. Henry	160½	160¼	—	—	—
Orientb.	181	181¾	—	—	—
Schantg.	109	108	—	—	110
Gr. Berl.	122	—	—	122½	—
Türk.Tab.	400¾	—	399¾	—	—
D. Austral.	134¼	—	—	—	—
Hbg. Pak.	92⅝	—	92⅞	92¾	94
„ Südam	146	144½	—	—	143¾
Hansa	199	199½	—	—	—
Ndd. Lloyd	93¼	93¼	—	93¾	94¼
Bismarck	207	206	—	205½	207
Bochumer	197	196	—	—	—
Dt. Luxb.	124¾	124¾	—	—	—
Gelsenk.	148⅝	148	—	148¼	148¾
Harpener	168	168¾	—	—	—
Hohenlohe	113¾	113	—	—	—
Kattowitz	—	—	—	—	—
Laura	192	—	—	—	192
Lothr. Htt.	142¾	142⅞	—	—	—
Mannesm.	179¼	179	—	—	—
Ob.-Eis.-B.	142	142	—	—	144

	5. 2.	Heutige Kurse			
O.Eis.-Ind.	141⅞	141½	—	—	144
Phönix	197	196	—	195¾	196¼
Rhein. St.	154¾	154	—	—	—
Rombach.	157½	157¼	—	157½	—
A. f. Anil.	243	240¼	—	—	241¾
Bad. „	300	—	—	—	—
Elb. Farb.	283	283	—	—	282
Höchster	264	—	—	—	—
A E G	175½	175	—	—	175¼
Bergmann	149	—	—	—	—
Siem. u. H.	160	—	—	—	—
Schuckert	—	—	—	—	—
Felt. Guill.	159⅛	156¾	—	—	—
Gb. Böhler.	209½	205	—	—	—
Dt. Waffen	190	190	—	—	—
Hirsch K.	180¼	180⅝	—	—	—
V. Köln-R.	196	196⅛	—	196¾	196¾
Orenstein	157¾	—	155½	—	—
Rhein. Met	215	209½	212	218	215½
Daimler	223	222	221½	223	222
Dt. Kali	176	—	—	—	—

Im Verlauf der Börse blieb das Geschäft andauernd ruhig, doch wurde die Tendenz fester. Insbesondere erfuhren die Aktien der Rheinischen Metallwarenfabrik, einige Schiffahrtswerte und die Aktien der Schantung-Eisenbahn Kursbesserungen.

Am Markte der mit Einheitskursen notierten Papiere war die Tendenz fest.

Höher im Kurse stellten sich u. a. die Aktien der Kunsttreibriemenfabrik um 8, Vereinigte Flanschenfabriken um 5, Cröllwitzer Papierfabrik um 9, Kostheimer Zellulose um 5, Franz Seiffert Akt.-Ges. um 10, Brauerei Engelhardt um 5, Fröbelner Zuckerfabrik um 7, Tüllfabrik Flöha um 14, Chemische Fabrik Milch um 11, Busch Waggonfabrik um 7, Wernshausen Kammgarnspinnerei um 15, Baer u. Stein Akt.-Ges. um 5, Eisenwerk Thale um 16 (repartiert), Kunstanstalten Neurode um 5, Auer-Gesellschaft um 8, Döring u. Lehrmann um 6, Magirus Akt.-Ges. um 5, Norddeutsche Spritfabrik um 6, Ottensener Eisenwerk um 8, Plauener Tüllfabrik um 15 (gegen letzte Notierung), Stoewer Akt.-Ges. um 5, Zellulosevereín Dresden um 6, Ohles Erben um 5 pCt.

Niedrigere Kurse wurden u. a. notiert für F. W. Busch, Lüdenscheid, um 5, Maschinenfabrik Flöther um 5 pCt.

Im freien Verkehr erhielt sich die Nachfrage für Kolonialwerte. Bevorzugt waren heute die Anteile der Pomona-Gesellschaft, die um 100 pCt. im Kurse anzogen. Einiges Interesse bestand auch für die Anteile der Neu-Guinea-Gesellschaft. Die Aktien der Benz u. Cie. Akt.-Ges. gingen um einige Prozent im Kurse zurück. Angeboten waren auch die Kurse der Heldburg Akt.-Ges., dagegen etwas begehrt die Aktien der Kaliwerke Krügershall. Nennenswerte Kurssteigerungen erzielten besonders schwere Kalikuxe. Die Aktien der Deutschen Petroleum Akt.-Ges. ermatteten.

Telegraphische Auszahlungen	6. 2. Geld	6. 2. Brief	5. 2. Geld	5. 2. Brief
Holland . . . . G.	340	340½	340	340½
Kopenhag. Kr	218	218½	218	218½
Stockholm Kr.	240¾	241¼	240¾	241¼
Christiania Kr.	229¾	230¼	229¾	230¼
Helsingfors . .	81¼	81¾	81¼	81¾
Schweiz . . . Fr.	171¾	172	171¾	172

Telegraphische Auszahlungen	6. 2. Geld	6. 2. Brief	5. 2. Geld	5. 2. Brief
Wien . . . . / Budapest Kr	50,95	51,05	50,95	51,05
Konstantinop. T. P	—		—	—
Madrid . . . / Barcelona Fs	156	157	156	157

Am Rentenmarkt konnten heimische Anleihen ihren Kursstand nicht voll behaupten. In ausländischen Renten war das Geschäft zum grossen Teil ziemlich ruhig.

*

*** Erweiterung der Börsenzulassungen.** Im Herbst 1917 war gelegentlich der Wiederherstellung des amtlichen Börsenverkehrs den Zulassungsstellen der deutschen Börsen die Genehmigung erteilt worden, die Aktien solcher inländischen Gesellschaften neu zum Börsenverkehr zuzulassen, von denen gleichartige ältere Aktien bereits früher an der Börse notiert wurden. Nunmehr ist eine Ausdehnung der Zulassungsfreiheit derart erfolgt, dass auch Zulassungen völlig neuer Aktien und sonstiger nicht festverzinslicher Papiere statthaft sind.

New-York, 4. Februar. (W. T. B.) Geld auf 24 Std. Durchschnittsrate 4 (Kurs v. 3.: 3¾) Geld auf 24 Std. letztes Darlehen 4½ (4), Wechsel auf London (60 Tage) 4.73,50 (4,73,50). Cable Transfers 4.76,55 (4.76,55), Wechsel auf Paris auf Sicht 5,45,62 (5,45,75), Silber in Barren — (101⅛), 3proz. Northern Pacific Bonds 60⅛ (60⅞), 4proz. Ver. Staaten Bonds 1925 104⅛ (104¾). Archison, Topeka & Santa Fé 91 (90½), Baltimore & Ohio 46 (45), Canadian Pacific 158 (157⅛), Chesapeake & Ohio 55¼ (55), Chicago, Milwaukee & St. Paul 37 (36⅝), Denver & Rio Grande 3⅞ (4), Illinois Central — (96½) Louisville & Nashville 114 (113½), New York Central 73¼ (72½), Norfolk & Western 105 (105), Pennsylvania 44⅝ (44⅛), Reading 79¼ (78⅛), Southern Pacific 98⅜ (98), Union Pacific 127⅛ (126¾), Anaconda Copper Mining 58¼ (59⅛), United States Steel Corporation 90¼ (90⅛), United States Steel Corporation prel. 114)114).

Verantwortliche Redakteure: für innere Politik: i. V. Bruno Stümke-Berlin; für auswärtige Politik: Josef Schwab-Berlin; für Lokales, Vermischtes, Gerichtszeitung und Sport: Arno Arndt-Wilmersdorf; für das Feuilleton: Paul Block-Schöneberg; für die Handelszeitung: Dr. jur. Felix Pinner-Friedenau; für den übrigen Teil des Blattes: Albert Pilz-Charlottenburg; für die Inserate: Heinrich Baron-Schöneberg. Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.